

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882

78 (1.4.1882)

Beilage zu Nr. 78 der Karlsruher Zeitung.

Samstag, 1. April 1882.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 28. März. 11. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. (Schluß des Berichts aus der gestrigen Beilage.)

Geheimerath Grashof erörtert die Verhältnisse der Polytechnischen Schule, insbesondere die Abnahme der Frequenz und die hieraus sich ergebenden Schlussfolgerungen. Die Zahl der Studierenden an den neun technischen Hochschulen Deutschlands sei von 6433 im Wintersemester 1877/78 im laufenden Winter auf 3900, somit um 60 Proz. zurückgegangen; bei dem Karlsruher Polytechnikum, welches mit 303 Studierenden in diesem Semester in der Mitte stehe, berechne sich der Rückgang auf 54 Proz. Derselbe erkläre sich zum guten Theile aus der gedrückten Lage der Industrie; außerdem aber sei ganz wesentlich der vorhandene Ueberfluß an akademisch gebildeten Technikern mit schuld. Der Bedarf an solchen betrage nach einer auf die Gewerbestatistik von 1875 gestützten Schätzung jährlich 660; demselben würde eine Gesamtzahl von 2300 Studierenden jährlich entsprechen, welche bei Zurechnung von etwa 700 Ausländern auf 3000 sich erhöhen würde. Somit gehe selbst die gegenwärtige Frequenz um 900 über den wirklichen Bedarf hinaus. Redner ist der Ansicht, daß es der technischen Hochschulen zu viele seien — 6 solche würden genügen —, während es an technischen Mittelschulen fehle. Er ist überzeugt, daß die letzteren in den nächsten Jahrzehnten mehr in den Vordergrund treten würden, was in Verbindung mit der Anziehungskraft der neuen technischen Hochschule zu Berlin eine weitere Entvölkerung der übrigen polytechnischen Schulen mit sich bringen werde. Redner ist nun entschieden der Ansicht, daß die Existenz des Karlsruher Polytechnikums als Hochschule erhalten bleiben müsse. Dann aber dürfe man die damit verbundenen Opfer nicht scheuen und am wenigsten gerade in der Zeit der Krisis sparen. Die in dieser schwierigen Lage gemachten Verwendungen würden sich später reichlich lohnen.

Geheimerath Knies hält sich, insbesondere in Abwesenheit seines Kollegen Geheimerath Schulze, für verpflichtet, den Ausführungen der Herren Vorredner, soweit sie sich auf die Universität Heidelberg beziehen, noch Einiges beizufügen. Das akademische Krankenhaus und die psychiatrische Klinik seien in dem Maße Anstalten, daß er f. B. die Uebernahme des besaglichen Aufwandes auf eine andere Position für gerechtfertigt gehalten hätte; seine Bemühungen in dieser Richtung seien allerdings ohne Erfolg gewesen. Das gleiche Verhältniß walte bei der Verbindungsanstalt ob, in welcher für das ganze Land Hebammen ausgebildet würden. Er sei für den bewilligten Neubau dieser Anstalt dankbar, befrage jedoch den gemachten Abstrich, da in Folge desselben die gerade hier sehr notwendige Herstellung einer Dienstwohnung für den Direktor in Wegfall kommen müsse.

Wie wenig der Vorwurf luxuriöser Verwendungen auf Heidelberg Anwendung finde, zeige der Zustand der Universitätsbibliothek und des Kollegiengebäudes, welches letztere bei der in einigen Jahren bevorstehenden Jubiläumfeier auf die wohl aus der ganzen civilisirten Welt zusammenströmenden Gäste einen nichts weniger als glänzenden Eindruck machen werde.

Gegenüber der unfreundlichen Stimmung, welche vielfach in Bezug auf die Universitäten Platz greife, glaubt Redner daran erinnern zu sollen, daß die Hochschulen und ihre Lehrer einen bestimmenden Einfluß üben und üben auf die Gesamthaltung des öffentlichen Geistes, daß sie es in erster Reihe waren, welche den Drang nach Einigung in unserm Vaterlande gegenüber schlimmen partikularistischen Regungen förderten und daß sie heute noch zu den besten Stützen der Reichsidee zählten.

Hinsichtlich der Besoldungen der Universitätsprofessoren wünscht Redner zwar nicht völlige Gleichheit, aber doch größere Ausgleichung, insbesondere bei den Anfangsbesoldungen. Daß die Großh. Regierung in dieser Richtung vorgegangen sei und weiter vorgehe, werde mit Dank anerkannt werden.

Führ. Ernst August v. Göler erneuert den auf jedem Landtage von ihm vorgebrachten Wunsch, es möge die Großh. Regierung dahin wirken, daß in die theologische Fakultät der Universität Heidelberg auch Professoren positiver Richtung berufen werden. Die früheren Minister Jolly und Stöffer hätten ihm jeweils entgegengehalten, daß die erforderliche Homogenität die Erfüllung dieses Wunsches unthunlich mache. Er freue sich, daß dieser Standpunkt nach der Erklärung der Großh. Regierung im andern Hohen Hause nunmehr aufgegeben sei, glaube aber, daß letztere sich weniger neutral verhalten, sondern die Frage ernstlicher in Angriff nehmen sollte. Redner erinnert daran, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen viele Badener, welche evangel. Theologie studiren wollen, auswärtige Universitäten beziehen müßten, und beugt sich auf eine Aeußerung des verstorbenen Prälaten Holzmann zum Beweise dafür, daß die meisten unserer Theologie Studierenden aus positiven Pfarrhäusern hervorgingen.

Prälat Doll erinnert sich genau, daß der gewesene Chef des Ministeriums des Innern und gegenwärtige Präsident des evangelischen Oberkirchenraths die Homogenität keineswegs als notwendiges Erforderniß bezeichnet habe. Die Aeußerung des Prälaten Holzmann habe sich nicht auf die vorliegende Frage, sondern auf andere Ver-

hältnisse bezogen. Er selbst sei durchaus nicht dagegen, daß in der Heidelberger theologischen Fakultät verschiedene Richtungen vertreten seien, müsse aber entschieden betonen, daß auch gegenwärtig für die positiven Theologen kein Hinderniß bestehe, die dortige Universität zu beziehen, da es ihrer wissenschaftlichen Ausbildung nur förderlich sei, wenn sie verschiedene theologische Richtungen kennen lernen.

Führ. E. A. v. Göler vermag die letztere Anschauung des Herrn Vorredners nicht zu theilen.

Ministerialpräsident Noff kann nur die im andern Hause abgegebene Erklärung wiederholen, daß im Falle einer Satatur nur auf Befähigung sowie allgemeine persönliche Eigenschaften gesehen und auch gegen die Berufung eines positiven Theologen keinerlei Schwierigkeiten erhoben werden würden. Die Anziehungskraft der Heidelberger Universität werde übrigens für Theologen stets aus dem Grunde eine schwächere sein, weil dieselben an anderen Hochschulen nicht nur zahlreichere Stipendien, sondern auch anderweitige materielle Vergünstigungen vorfinden, welche Heidelberg nicht zu bieten vermöge.

Führ. E. A. v. Göler entgegnet, daß er so sehr darauf Bedacht genommen werden sollte, durch Erfüllung seines Wunsches die Frequenz zu fördern.

Bei Ziff. II (Mittel- und Volkshochschulen) begrüßt Fallert die bewilligte Vermehrung der Zahl der Kreislehrer und kommt sodann auf das Aktienunternehmen der Lehrer zum Zwecke des Betriebes von Schulunterricht zu sprechen, welches er sehr abfällig beurtheilt.

Geh. Referendar Zoos: Die Unterrichtsverwaltung habe von Anfang an dieses Unternehmen sehr ungern gesehen und von demselben abgemahnt, jedoch ohne Erfolg. Die Beteiligung der Lehrer mit Aktien könne zwar rechtlich nicht verhindert werden; es sei jedoch denselben eröffnet worden, daß sie in keiner Weise ihre Stellung zur Beförderung des Unternehmens und zur Verdrängung der Privatkonkurrenz mißbrauchen dürften. Auch habe die Großh. Regierung erhoben, welche Lehrer Aktionäre seien und welche sich vorwiegend bei der Gründung beteiligt hätten, so daß sie sich in der Lage befände, dieselben der strengsten Ueberwachung zu unterwerfen.

Führ. Karl v. Göler hegt die Erwartung, daß in Zukunft eine bessere Kontrolle über die Volksschullehrer, namentlich die jüngeren, ausgeübt werde, und bringt sodann die Ueberbürdung der Schüler an Mittelschulen zur Sprache.

Graf v. Ragened und Geh. Hofrath v. Holtz sowie von Regierungsseite Ministerialpräsident Noff machen darauf aufmerksam, daß der letztere Punkt bei Berathung der Motion Feder zu erörtern sein werde.

Führ. Ernst August v. Göler hält es für einen Uebelstand, daß an allen Gymnasien das Schuljahr im Herbst beginne. In Preußen sei der Anfang des Unterrichts an manchen Anstalten auf Herbst, an andern auf Ostern verlegt. Diese Abwechslung empfehle sich namentlich dann, wenn in einer Stadt mehrere Gymnasien sich befänden.

Ministerialpräsident Noff möchte bezweifeln, ob die von dem Herrn Vorredner vorgeschlagene Einrichtung zweckmäßig sein würde. Dieselbe könne vielleicht in einzelnen Ausnahmefällen von Vortheil sein, indessen für solche gebe es bei vernünftiger Leitung der betreffenden Anstalten auch anderweite Abhilfe. Was Preußen betreffe, so sei man dort bestrebt, einen einheitlichen Unterrichtssystem herzustellen, und schon wiederholt hätten Besprechungen unter den deutschen Regierungen zu dem Zwecke stattgefunden, ein einheitliches System für alle Staaten durchzuführen, allerdings bisher ohne Resultat.

Geh. Hofrath v. Holtz äußert sich in gleichem Sinne. Führ. E. A. v. Göler entgegnet, daß er hauptsächlich den Fall im Auge gehabt habe, daß in derselben Stadt zwei Gymnasien errichtet würden.

Zu § 3 des außerordentlichen Etats (für Förderung des Studiums der Theologie an der Universität Heidelberg durch Stipendien) spricht Prälat Doll den dringenden Wunsch aus, daß im nächsten Budget der frühere Satz von 12,000 M. wiederhergestellt werden möge.

Zu § 1 des außerordentlichen Etats macht Geheimerath Knies darauf aufmerksam, daß die hier eingestellten 30,536 M. nicht als eine Verwendung zu Gunsten der Universität Heidelberg zu betrachten seien.

Nachdem die einzelnen Positionen bis zu § 17 des außerordentlichen Etats genehmigt sind, wird die weitere Berathung auf morgen vertagt.

Karlsruhe, 30. März. 46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Lamen.

Am Regierungstisch: Präsident des Finanzministeriums Geheimerath Ellstätter, Generaldirektor Eisenlohr, Ministerialrath Zittel.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Berichts der Budgetkommission über: I. die Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahn-Baues und der darauf verwendeten Mittel in den Jahren 1880 und 1881; II. den Entwurf des Eisenbahn-Budgets für die Jahre 1882 und 1883. Berichterstatter ist der Abg. Hoffmann.

Zunächst erfolgt die Diskussion über I.

Zu A. Badische Staatsbahn, Tit. I, „Bau neuer Bahnen“, Position 9, „Haußach nach Schiltach“, bittet der Abg. Schmid von Kaltbrunn die Großh. Regierung, den Bau der Bahn von Wolfach nach Freudenstadt als-

balb in Angriff zu nehmen, da dies sowohl im Interesse des Holzhandels, als auch, weil zur Zeit die Arbeitslöhne billig seien, im Interesse des Staates liege.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Es entspreche auch dem Wunsche der Großh. Regierung, mit dem Bau der Bahn Wolfach-Schiltach möglichst bald zu beginnen. Die Vorbereitungen hierzu seien getroffen, so daß die Arbeiten in Angriff genommen werden können, sobald die Verhandlungen mit Württemberg wegen des Anschlusses in Schiltach zum Abschluß gekommen.

Tit. II. „Erweiterung des bestehenden Bahnnetzes.“ Hier ersucht der Abg. Däublin die Großh. Regierung, an Stelle des alten Stationsgebäudes in Haltingen ein neues zu erstellen.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Zittel: Das Stationsgebäude in Haltingen sei allerdings beschieden, diene aber immerhin noch seinem Zwecke. Man werde es deshalb so lange benützen, als seine Vertheuerung nicht aus baulichen Gründen geboten erscheine. Den künftigen Neubau werde man dann etwas opulenter herstellen.

Zu 2 „Heidelberg, Erweiterung der Aufnahmslokalitäten“, macht der Abg. Krausmann die Großh. Regierung darauf aufmerksam, daß die Wartesäle in dem erweiterten Aufnahmsgebäude sehr dürftig ausgestattet seien. Nicht einmal eine Uhr sei in denselben vorhanden. — Außerdem sei es ein Uebelstand, daß für die mit der Würzburger Bahn ankommenden oder abreisenden Personen kein gedeckter Gang vorhanden sei.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Es befremde ihn, Klagen über die Ausstattung der Wartesäle in Heidelberg zu hören. Das Bedürfniß nach einer Uhr sei wohl durch die in der Vorhalle angebrachte befriedigt. — Die Ausstattung einer Halle auf dem Perron der Odenwald-Bahn sei allerdings erwünscht, aber kein dringendes Bedürfniß, da in unmittelbarer Nähe sich die große Perronhalle befände.

Abg. Schmidt: Baden habe 3 Millionen Francs zur Subvention der Gotthard-Bahn gegeben. Er möchte darum erfahren, ob man auch geeignete Vereinbarungen abgeschlossen habe, welche Baden Verkehrsvertheile als Ersatz für seine Opfer zusichere. — Außerdem möchte er wissen, über welchen Bereich sich der Verkehr der Gotthard-Bahn voraussichtlich ausdehnen werde und ob man etwa gewisse Zonen gebildet habe, aus denen sich die Größe des Verkehrs ergeben lasse.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Der über die Gotthard-Bahn abgeschlossene internationale Vertrag bestimme, daß den Subventionirenden Staaten mindestens die gleichen Vortheile gewährt werden müssen, wie den anderen. — Auch andere Staaten hätten Subvention geleistet. Nach der geographischen Lage werde ein erheblicher Theil des Verkehrs auf die badischen Bahnen entfallen. Ueber die Bildung der Tarife für die neue Linie hätten Verständigungen zwischen den deutschen, schweizerischen und italienischen Bahnen stattgefunden. Die Tarife seien zur Zeit in Ausarbeitung begriffen. Für die Belegung des Verkehrs wäre es, wie bereits früher erwähnt, zu wünschen, wenn die Schweiz größeres Entgegenkommen zeigte.

Abg. Schmidt: Das Gebot der gleichen Vortheile genüge ihm nicht, denn hier wären andere Staaten, die keine Subvention geleistet hätten, eben so gut daran wie Baden. — Außerdem habe er um Auskunft über den Bereich des Verkehrs der Gotthard-Bahn gebeten.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Baden habe eine Subvention geleistet, weil es ein hervorragendes Interesse an dem Zustandekommen des Unternehmens habe und weil es darum auch nach dem Maße dieses Interesses zum Zustandekommen dieses großen Unternehmens habe beitragen wollen.

Abg. Geßel: Es seien Karten ausgearbeitet, welche diese Verkehrszone darstellten. Dem Eisenbahn-Rath seien sie vorgelegt worden und er wundere sich, daß man sie nicht auch in dem Lesezimmer des Hauses aufgehängt habe. Es bitte, dies nachträglich zu thun.

Abg. Friderich: Die betreffende Karte existire nur in einem Exemplar. Die Kosten der Vervielfältigung wären zu hoch gewesen. Er erinnere daran, daß man bei der ersten Anforderung der Subvention davon ausgegangen sei, es handle sich um ein Unternehmen, dessen Förderung in Badens Interesse liege. — Das Kapital werde zweifellos gut angelegt sein, wenn auch nicht der ganze Verkehr von Norden nach Süden über die badischen Bahnen geleitet werden könne. — Auch andere Staaten und das Reich hätten Subventionen geleistet.

Abg. Geßel: Er habe nur gewünscht, daß man die betreffende Karte im Lesezimmer auflege. — So viel er wisse, habe Elsaß-Lothringen bereits Vereinbarungen getroffen, um sich Vortheile zu sichern, es wäre uns also vorangeeilt. Außerdem würden Bayern und Württemberg jedenfalls bestrebt sein, den Verkehr über ihre Bahnen zu lenken.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Er stelle die Karten bereitwilligst zur Verfügung, wenn es gewünscht werde. — Die Behauptung des Abg. Geßel, daß sich Elsaß-Lothringen durch Spezialverträge einen großen Theil des Verkehrs gesichert habe, sei nicht richtig. Die Verträge seien gemeinsam abgeschlossen worden und Elsaß-Lothringen habe lediglich die Geschäftsführung besorgt.

Abg. Burg: Er habe die für den durchgehenden Verkehr bestimmten Frachtsätze der Gotthard-Bahn gesehen. Dieselben seien nach dem System der direkten Entfernungen festgestellt. — Bayern habe gegenüber Württemberg und Baden große Vortheile, und wenn man nicht die abgeschlossenen Verträge ändere, so werde ein großer Theil des Verkehrs auf Bayern fallen, weil es geringere Tarifsätze habe.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Der Abg. Burg könne die Tarifsätze nicht wohl gesehen haben, denn erst in den letzten Tagen seien die Tarifverhandlungen zum Abschluß gekommen und die Berechnung der Tarife nunmehr im Gange. — Daß die bayerische Bahn für die Vermittlung des Verkehrs zwischen dem Bodensee und Mitteldeutschland mit ihrer Linie von Lindau nach Hof in wirksamer Konkurrenz trete, liege in der Natur der Sache.

Abg. Pflüger: Daß auch Staaten, die keine Subvention geleistet hätten, aus der Gotthard-Bahn Vortheile zögen, lasse sich nicht vermeiden. Baden habe Subvention leisten müssen, sobald sich Elsaß-Lothringen betheiligte. Dies sei geschehen, und darum habe Baden nicht zurückbleiben können. — Wenn jetzt die Frage der Subvention nochmals an Baden herantrete, würde man die Summen wieder bewilligen.

Hiermit schließt die Diskussion.
Der Antrag der Budgetkommission, die Ausgaben und Einnahmen der Budgetperiode 1880/81 für gerechtfertigt zu erklären, wird angenommen.
Es folgt die Verathung des Eisenbahn-Budgets für 1882/83.

Zur allgemeinen Diskussion ergreift das Wort der Abg. Junghans: Er halte es für angezeigt, sich darüber auszusprechen, wie man sich in Bezug auf den Bau neuer Bahnen in Zukunft zu verhalten habe. Jedenfalls müsse mit größerer Vorsicht verfahren werden, als in den letzten 20 Jahren, denn schon beim Bau der Kinzigthal-Bahn sei man nicht vorsichtig genug gewesen. Diese Bahn hätte weit sparsamer ausgeführt werden müssen. Die Bahn Karlsruhe-Eppingen, Neckargemünd-Eberbach Jagstfeld und eine dritte Bahn seien nur im Interesse einer Stadt gebaut worden. — Außerdem hätte man die Interessenten mehr zu den Kosten des Baues heranziehen müssen. Jetzt trage das ganze Land daran und deshalb verlangten nun auch andere Landestheile gleiche Berücksichtigung. — Auch das Interesse der Verbindung der Städte habe man nicht genügend beachtet. — Gleichwohl sei Redner der Ansicht, man müsse davon ausgehen, daß unser Eisenbahn-Netz noch nicht abgeschlossen sei und daß man nicht aufhören könne, Eisenbahnen aus Staatsmitteln zu erbauen, denn die Beförderung des Verkehrs sei ein großes Staatsinteresse, dem entsprochen werden müsse. — Was die Mittel zum weiteren Ausbau betreffe, so wäre es angezeigt, einen Theil der aus dem Reiche fließenden Einnahmen zu diesem Zwecke zu verwenden. Diese Summen dürften nach ihrer Bestimmung nicht in den laufenden Ausgaben verschwinden. Können man mit Hilfe derselben die Steuern nicht vermindern, so müsse man sie wenigstens zu gemeinnützigen Zwecken verwenden. — Die laufenden Ausgaben müßten aus den laufenden Einnahmen gedeckt und, wenn dies nicht möglich sei, das bestehende Steuersystem geändert werden. Er habe seiner Zeit aus dem Antheil Badens an der französischen Kriegskontribution einen Fond zur Förderung gemeinnütziger Unternehmungen gründen wollen. Statt dessen seien auch diese Summen in laufenden Ausgaben aufgegangen.

Berichterstatter Abg. Hoffmann: Er sei der Ansicht, daß man aus früher etwa begangenen Fehlern eine Lehre ziehen, nicht aber im Bahnbau fortfahren solle, wenigstens nicht, soweit bedeutende Lasten daraus entstünden. Der Abg. Junghans habe auf die Bahnstrecke Karlsruhe-Maxau angepielt. Die Stadt Karlsruhe habe seinerzeit das Risiko des Baues übernommen, in dem Gedanken, einem lediglich lokalen Interesse zu genügen. Nachdem sich die Bahn wider alles Erwarten gut rentirt habe, sei es natürlich, daß die Stadt auch die Vortheile aus diesem Unternehmen ziehe. — Was den weiteren Eisenbahn-Bau betreffe, so erwähne er, daß die Kommission für Straßen und Eisenbahnen nur den Eisenbahn-Bau für den durchgehenden Verkehr für abgeschlossen halte.

Abg. Bär: Er bitte das Haus, in der allgemeinen Diskussion nicht dem Abg. Junghans zu folgen. Man könne alle von ihm erwähnten Punkte an geeigneterer Stelle besprechen. — Ob man weiter bauen solle, müsse man bei Verathung der zur Erbauung vorgeschlagenen Bahnen diskutieren. Inwiefern man die Reichszuschüsse hier verwenden könne, sei bereits genügend erörtert. So lange die Matrikularbeiträge laufende Ausgaben seien, seien die Zuschüsse aus dem Reiche laufende Einnahmen. — Der Abg. Junghans habe allerdings seinerzeit den Vorschlag gemacht, die 20 Millionen von der französischen Kriegskontribution, die auf Baden entfallen seien, zur Lösung der sozialen Frage zurückzulegen. Als ihn aber der Herr Präsident des Finanzministeriums gefragt habe, wie er die soziale Frage zu lösen gedente, habe er keine Auskunft zu erteilen vermocht. Man habe deshalb einwilligen Schulden bezahlt und sich vorbehalten, die 20 Millionen wieder im Steuerwege zu erheben, wenn sich erst ein Weg zur Lösung der sozialen Frage gefunden haben werde. — Für baldige Angabe dieses Weges wäre Redner dem Abg. Junghans dankbar.

Der Abg. Lohr ist der Ansicht, man solle die Bodensee-Gürtelbahn vor Eröffnung der Alberg-Bahn herstellen, damit der Verkehr nicht auf andere Linien geleitet werde.
Abg. Blum: Der Bericht über die Bodensee-Gürtelbahn sei bereits dem Präsidium übergeben.
Hiermit schließt die allgemeine Diskussion.

Der Abg. Deetke klagt über die Lage des Bahnhofes in Neckarelz und bittet um Abhilfe.

Abg. Klein: Man habe sich die Bahn Wertheim bis

Mitte Main als eine direkte Verbindung zwischen Bodensee und Hamburg gedacht und darum seinerzeit die betreffende Summe bewilligt. Die Bahn sei als Vollbahn gebaut, allein Bayern habe den Sekundärbetrieb eingeführt. Unter diesen Verhältnissen könne die Bahn ihrem Zwecke nicht entsprechen und auch die Hoffnung nicht erfüllen, daß durch sie die Taubertal-Bahn rentabel gemacht würde. Er bitte darum, bei Bayern auf Einrichtung des Vollbetriebs hinzuwirken.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Man sei bereits mit Bayern in Unterhandlung über diese Frage getreten und er hoffe, daß der Sommerfahrplan einige Verbesserung bringen werde.

Die Abgg. Hoffmann und v. Feder unterstützen den Wunsch des Abg. Klein.

6) „Durlach-Eppingen.“

Abg. Junghans: Dem großen Verkehr und der Rentabilität werde nur gedient, wenn man eine Verbindung zwischen der Eppinger Bahn und der Odenwaldbahn herstelle.

16) „Brunnenanlagen auf Wartestationen.“
Der Abg. Däublin bittet, auf Station Efringen einen guten Brunnen herzustellen.

17) „Central-Güterbahnhof in Mannheim mit Neckarhafen.“

Abg. Edelman: Wie er gehört habe, sei ein Theil des alten Bahnhof-Gebäudes gegen die Uebung aus freier Hand verkauft worden. Vielleicht wäre im Wege öffentlicher Versteigerung ein höherer Preis erzielt worden.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Es sei besonderer Verhältnisse wegen allerdings ein Theil des alten Gebäudes aus freier Hand verkauft worden, jedoch mit ausdrücklicher Genehmigung des Großh. Staatsministeriums.

20) „Personen-Bahnhof in Karlsruhe.“

Abg. Fischer: Er halte es ebenfalls für ein Bedürfnis, daß auf dem Karlsruher Bahnhof Verbesserungen vorgenommen würden, und werde deshalb dieser Position zustimmen. Gleichwohl sei er der Ansicht, daß die Abhilfe sich nicht mehr hätte verschieben lassen, um so mehr, als sich während des ungewöhnlich großen Verkehrs während der Festtage im September vorigen Jahres keinerlei Unfall auf dem Bahnhof zugetragen habe. — Er sei dafür, daß man vor der Inangriffnahme der Veränderungen die Betheiligten höre, wie sie gebeten hätten, und bitte nur, daß man anderen Vorlagen, bei denen ein eben so großes Bedürfnis vorliege, das gleiche Wohlwollen entgegenbringe.

Abg. v. Feder: Es müsse zweifellos den vorhandenen großen Mängeln abgeholfen werden. — Manchmal werde übrigens, wie Redner selbst wahrzunehmen Gelegenheit gehabt habe, nicht mit der nöthigen Achtsamkeit verfahren. — Bedenklich erscheine ihm, wenn es in der Motivierung zu der Verantwortung für die Gefahren, welche könne die Verantwortlichkeit für die Gefahren, welche sowohl für den Betrieb, als für das Publikum aus den jetzigen Verhältnissen entstünden, nicht mehr länger zugemüht werden. — So lange Abhilfe noch nicht geschehen sei, müsse die Bahnverwaltung Alles aufbieten, um Gefahren abzuwenden.

Redner freue sich, daß der Stadtrath Karlsruhe sich mit der Summe von 700,000 M. zufrieden erklärt habe. Er möchte noch in Bezug auf die Ausführung die Großh. Verwaltung bitten, dafür Sorge zu tragen, daß die ausführenden Beamten dem Publikum und namentlich den Handwerkern gegenüber nicht bei Ertheilung von Aufträgen ihre Legitimation überschritten, weil dies zu vielen Prozessen Anlaß gebe.

Abg. Kiefer: Man befinde sich im vorliegenden Falle einem solchen Nothstande gegenüber, daß allerdings die Bahnverwaltung trotz der ange strengtesten Aufmerksamkeit kaum mehr die Verantwortlichkeit zu übernehmen im Stande sei. — Die jetzige Anforderung wolle dem Uebel nur einwillen helfen, künftig werde man eine gründliche Remedur zu erwägen haben. — Man habe der Bahnverwaltung den Wunsch ausgesprochen, auch das städtische Interesse zu berücksichtigen durch Abstellung der Mängel, welche sich durch das Rangiren der Züge an den Uebergängen der Eitlinger-, Rüppurrer- und Gartenstraße ergäben. — An diesen Stellen könne Unglücksfällen kaum vorgebeugt werden, da die Straßen den Bahntörper überschritten. Außerdem werde der Verkehr mit den jenseits der Bahnlinie wohnenden 12,000 Einwohner durch diese Verhältnisse erheblich gestört. — Aus diesen Gründen bitte der Stadtrath Karlsruhe die Großh. Bahnverwaltung, bei Verwendung der Mittel auch auf Abstellung der Uebelstände an jenen Straßenübergängen bedacht zu sein, und Redner ersuche die Großh. Verwaltung, diesem Wunsche zu willfahren.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Der Abg. Fischer habe erwähnt, daß man mit Vornahme der Abänderungen noch etwas hätte zuwarten können, allein Redner müsse dagegen behaupten, daß man der Großh. Verwaltung geradezu einen Vorwurf machen müßte, wenn sie mit der Anforderung geizig hätte, nachdem das Bedürfnis der Aenderung in so dringender Weise hervorgetreten sei. — Wenn man dieses Bedürfnis in der Begründung unter Ablehnung der Verantwortung für die drohenden Gefahren etwas drastisch dargestellt habe, so habe man damit selbstverständlich nicht sagen wollen, daß die Verwaltung für die Dauer des bermaligen Zustandes nicht auch ferner wie seither das Aeußerste zur Fernhaltung von Unglücksfällen aufbieten werde. — Es habe der Stadtrath Karlsruhe den Wunsch ausgesprochen, die Großh. Bahnverwaltung möchte aus den bewilligten Summen Mittel finden, um auch den an den 3 Straßenübergängen bestehenden Uebelständen abzuhelfen. Aus den zunächst angeforderten 500,000 Mark werde wohl kaum etwas erhebliches für diesen Zweck geleistet werden können, da sie

für die Maßregeln zur Sicherung des Verkehrs im Innern des Bahnhofes nöthig seien. Uebrigens werde das Rangiren an den Uebergangsstellen durch Einführung der Verbesserungen im Bahnhof wohl etwas abnehmen. — Der laut gewordene Wunsch nach Totaländerung habe die Großh. Regierung veranlaßt, auch ein Projekt für die Verlegung des Bahnhofes näher ins Auge zu fassen. Es habe sich ergeben, daß dessen Ausführung gegen 10 Millionen erfordern würde. Man müsse darum ein solches Projekt wohl noch für längere Zeit zurückstellen. Uebrigens sei auch zu hoffen, daß durch Verwendung der 500,000 Mark dem dringenden Bedürfnisse auf eine Reihe von Jahren entsprochen werde.

Abg. v. Stockhorn: Der Abg. Kiefer habe gesagt, es handle sich zunächst um ein Provisorium. Zu einigen Jahren werde ein Definitivum folgen. Dies sei auch die Ansicht der Karlsruher gewesen. — Da man doch in einigen Jahren die Frage zu erwägen haben werde, ob nicht Karlsruhe eine Kopstation bekommen solle, auch den jetzt bestehenden Gefahren leicht durch geeignete Anordnungen, namentlich langsames Einfahren der Züge, vorgebeugt werden könne, so sei er nicht in der Lage, die jetzige Anforderung bewilligen zu können.

Abg. Friderich: Der Abg. v. Stockhorn hätte der Anforderung nicht entgegengetreten sollen, da es sich um Befriedigung dringender Nothstände handle. Daß man nur ein Provisorium schaffe, hätte ihn keineswegs zurückhalten dürfen, da dieses Provisorium sich wohl zweifellos über viele Jahre erstrecken werde. Wie man sich an das Heidelberger Provisorium gewöhnt habe, so werde man sich auch an dieses Provisorium gewöhnen. Die weitergehenden Projekte der Karlsruher fußten alle auf dem Gedanken einer Kopstation, allein mit Errichtung einer solchen sei den Gesamtinteressen, sowie den Interessen des großen Verkehrs nicht gedient. — Was die Uebelstände an den Straßenübergängen betreffe, so entstünden diese meist aus dem Rangiren der Güterzüge. Hier ließe sich durch Errichtung einer Verbindungskurve zwischen Gottesan und Beiertheim Abhilfe schaffen. — Daß man den Wünschen und Interessen von 12,000 Einwohnern Rechnung trage, halte er für gerechtfertigt und rathe darum, sich mit den Vertretern der Stadt in's Benehmen zu setzen. — Von einer Verschiebung der Verbesserung könne nicht die Rede sein. Er bitte darum, die angeforderte Summe zu bewilligen.

Abg. Schneider: Jeder, der die Verhältnisse kenne, müsse ein dringendes Bedürfnis nach Abänderung empfinden. Die Frage sei übrigens keine lokale, auch keine Frage der Rentabilität, sondern eine Frage des Verkehrs und müsse als solche behandelt werden. — Die Wünsche der 12,000 Einwohner verdienten Berücksichtigung und könnten auch wohl aus den angeforderten Mitteln befriedigt werden. — Durch Verlegung des Rangirgeschäfts werde Entlastung des Bahnhofes eintreten und dadurch einige Abhilfe geschaffen werden. — Im Bahnhofe selbst müßten namentlich die Wartesäle Erweiterungen erfahren. Eine Veränderung der Lage des Bahnhofes sei schon mit Rücksicht auf die dadurch bedingte Verschiebung der Eigentumsverhältnisse nicht rathsam. — Er stimme vom Budgetstandpunkt aus für die Vorlage, denn lehne man sie ab, so würde bald eine höhere Anforderung gestellt werden.

Abg. Kiefer: Allein der Abg. v. Stockhorn nehme der Vorlage gegenüber eine ablehnende Stellung ein, ohne jedoch etwas Positives zu geben. Damit sei den Interessen der Stadt Karlsruhe nicht gedient. — Es sei ein Nothstand vorhanden und diesem müsse alsbald abgeholfen werden.

Der Abg. Fischer wendet sich hierauf gegen einzelne Ausführungen der Abgg. Friderich und Schneider.
Abg. Mays: Er versichere dem Abg. Friderich, daß man in Heidelberg mit dem geschaffenen Provisorium keineswegs zufrieden sei. — Man habe seinerzeit den weitergehenden Umbau in Heidelberg namentlich empfohlen, um den beim Ein- und Auslaufen der Züge entstehenden Gefahren vorzubeugen. Der Umbau treffe hier keine Abhilfe, und darum sei Unzufriedenheit vorhanden. — Redner sei sehr damit einverstanden, daß man im vorliegenden Falle den Stadtrath Karlsruhe mit seinen Wünschen höre. — Bei dem Umbau des Heidelberger Bahnhofes habe man zwar auch den Stadtrath gehört, aber ihm trotz seiner Bitten den Grundplan des Baues nicht übergeben. Dies sei nicht gerechtfertigt gewesen, denn um Wünsche auszusprechen zu können, müsse man die nöthige Information haben.

Großh. Regierungskommissär Ministerialrath Bittel: Der Abg. Mays dürfe aus jenen Vorgängen in Heidelberg keine Konsequenzen ableiten. Man habe damals die einschlagenden Pläne dem Bezirksamte Heidelberg zur Einsicht des Stadtraths übersandt und letzterer habe auch Einsicht genommen. Aus diesen Plänen seien alle Verhältnisse klar ersichtlich gewesen. Später, nachdem bereits der Bau beschlossen gewesen sei, habe der Stadtrath Heidelberg abermals eine Uebersendung der Detailpläne verlangt. Diesem Ansinnen habe man nicht entsprochen, weil eine Aenderung des Grundrisses überhaupt nicht mehr möglich gewesen wäre, da die Arbeiten bereits vergeben und die Fundamente schon in der Ausführung begriffen gewesen seien. Der Grundriß habe in Folge des letzteren Umstandes offen zu Tage gelegen.

Der Präsident bringt hierauf einen von den Abgg. Blum, Pflüger, Blattmann unterzeichneten Schlußantrag zur Kenntniß des Hauses und Abstimmung. Derselbe wird angenommen.

Nachdem der Berichterstatter Abg. Hoffmann die Annahme des Antrags der Budgetkommission sowohl hinsichtlich der Bewilligung von 700,000 M. und Einstellung von 500,000 M. in das vorliegende Budget als auch hinsichtlich der empfehlenden Ueberweisung der Petition der Stadt Karlsruhe befürwortet hat, wird zur Abstimmung

geschritten. — Der Antrag der Budgetkommission wird nach beiden Richtungen angenommen.

§ 21. „Bahnhof in Baden.“

Hier empfiehlt der Abg. Reichert die Herstellung des Bahnhofes in einer den Bedürfnissen entsprechenden Weise, Einrichtung einer Restauration und alsbaldigen Ankauf des erforderlichen Geländes.

§ 23. „Bahnhof in Offenburg.“

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Es habe die Budgetkommission beantragt, die hier angeforderten 50,000 M. zu streichen, weil noch kein definitiver Plan ausgearbeitet sei. — Zur Zeit der Aufstellung des Budgets und der Berathung des Budgets in der Kommission sei der Plan allerdings noch nicht fertiggestellt gewesen. Man habe ursprünglich zwei Projekte in Aussicht genommen. Das erstere, das eine Verlegung der Güterhalle im Auge gehabt habe, sei verlassen worden. Man beabsichtige nunmehr, die Güterhalle zu vergrößern und die Geleise zu vermehren. Auf diese Weise könnten den vorhandenen Gefahren begegnet und dem Hauptbedürfnis abgeholfen werden. Auch wenn man später in der Vorberathung weiter gehe, verliere das jetzt Anzulegendende seine Bedeutung nicht, während es andererseits ausreiche, um das unabwiesbare Bedürfnis zu befriedigen. — Er bitte, die angeforderten 50,000 M. zu bewilligen, da man sonst genöthigt wäre, den Umschlag des Güterverkehrs von Offenburg weg zu verlegen, was mit erheblichen Nachtheilen für den Dienst und mit Kosten verbunden wäre.

Abg. Burg: Es sei denkbar, daß man die Güterhalle nicht zu verlegen beabsichtige. Es handle sich hier um Interessen des durchgehenden Verkehrs und darin werde er einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsforderung einbringen.

Der Abg. Junghanns klagt über die Beschaffenheit der Bahnfahrwohnungen in Offenburg und unterstützt den Antrag des Abg. Burg auf Wiederherstellung der Regierungsforderung.

Abg. v. Feder: Er könne nur billigen, was die Budgetkommission vorschläge. Aus den Ausführungen des Herrn Generaldirektors gehe hervor, daß die Großh. Verwaltung selbst noch nicht wisse, wie eigentlich abgeholfen werden solle und welche Mittel zur Herstellung eines Definitivums erforderlich seien. — Wenn ein vollständig durchgearbeiteter Voranschlag vorgelegt werde, sei er gerne bereit, die angeforderte Summe zu bewilligen.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Er habe bereits hervorgehoben, daß zwar zur Zeit der Aufstellung des Budgets und der Berathung desselben in der Kommission noch kein bestimmter Plan ausgearbeitet gewesen sei, daß man vielmehr damals zwei Projekte im Auge gehabt habe. Das eine, das eine Verlegung der Güterhalle bezweckte, habe man nun verlassen und beabsichtige jetzt die Güterhalle zu vergrößern und die Geleise zu vermehren. Zu den dringendsten Aenderungen in dieser Richtung würden 50,000 M. ausreichen. Mit der Zeit werden allerdings noch weitere Mittel erforderlich werden, allein die Bewilligung der 50,000 M. bedinge keineswegs, daß man noch weitere Verbesserungen vornehme, und eben so wenig werde das, was man jetzt ausführen wolle, durch eine spätere umfassendere Verbesserung überflüssig. — Er bitte darum dringend, die Mittel zu genehmigen.

Der Abg. v. Feder bittet, den Posten an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Der Präsident bringt zur Kenntniß des Hauses, daß ein von den Abgg. Burg, Junghanns, Laut unterzeichneter Antrag eingelaufen sei, dahin gehend: „Die Position § 23, „Bahnhof Offenburg“ mit 50,000 M. nach der Regierungsvorlage wieder herzustellen.“

Berichterstatter Abg. Hoffmann spricht sich gleichfalls für die Zurückverweisung an die Budgetkommission aus.

Präsident des Finanzministeriums Geh. Rath Ellstätter: Es sei von Seiten des Herrn Generaldirektors die Dringlichkeit der Aenderung dargelegt worden. — Nachdem ein Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsforderung eingelaufen sei, halte er es für angemessen, die Position an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Abg. Fieser: Er beantrage hiermit definitiv die Zurückverweisung der Position an die Budgetkommission.

Abg. Burg: Er ziehe daraufhin seinen Antrag zurück. Der Präsident bringt den Antrag auf Zurückverweisung zur Abstimmung; er wird angenommen.

§ 25. „Erweiterung von kleineren Stationen einschließlich Herstellung von Güterschuppen.“

Der Abg. Klein bittet um Anlegung von Schutzhallen oder Zwischenperons auf den zweigleisig eingerichteten Stationen der Strecke Nierburken - Königshofen und um Errichtung einer Güterstation in Schweigern.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Die von dem Abg. Klein erwähnten Mißstände sollen nicht in Abrede gestellt werden. Abhilfe solle eintreten, sofern es ohne unverhältnißmäßigen Aufwand geschehen kann. Dagegen liege ein Bedürfnis zur Errichtung einer Güterstation in Schweigern nicht vor, um so weniger, als eine solche 2 Kilometer von Schweigern vorhanden sei.

Der Abg. Mays bittet um Herstellung eines Schutzbades an der Ostseite des badischen Bahnhofes, wo die Perrons enden.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Ein Schutzbach an jener Stelle wäre allerdings eine Annehmlichkeit, allein so lange dringendere Bedürfnisse befriedigt werden müßten, könne an dessen Erstellung nicht gedacht werden, um so weniger, als man durch Benützung des unterirdischen Tunnels trockenen Fußes bis zum Ende des Bahnhofes gelangen könne.

Der Abg. Geßel wünscht Herstellung eines Schutzbades auf dem Bahnhofe in Durlach, Erweiterung der

Restauration daselbst und für den Bahnhof in Pforzheim eine Perronhür.

Der Abg. Frank bittet, in Bilsingen eine Haltestelle zu errichten.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Man habe den Wunsch der Gemeinde Bilsingen wiederholt erwogen, aber nicht erfüllt, weil andernfalls wegen des starken Gefälls zwischen Königsbach und Pforzheim die Bahn auf eine längere Strecke verlegt werden müßte, damit man die Horizontale für den Bahnhof erlange. — Damit wären bedeutende Kosten verbunden, auch würde der Betrieb erschwert und durch die größere Steigung die Leistungsfähigkeit der Züge verringert werden. Man könne darum auf diesen Wunsch nicht eingehen.

Der Abg. Walz wünscht die Errichtung eines weiteren Geleises auf der Strecke Bruchsal-Bretten-Mühlacker.

Abg. Schöch: Durch die Wünsche würden die Ersparnisse beim Betrieb in Frage gestellt. Man solle an die Verkehrsverhältnisse in Landestheilen ohne Eisenbahnen denken und darnach etwas bescheidener in seinen Ansprüchen sein.

Abg. Schöber: Der Wunsch des Abg. Walz erscheine ihm nicht begründet.

§ 28. „Betriebs-Gaswerke.“

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Die Budgetkommission beantrage hier, statt der angeforderten 120,000 M. nur 40,000 M. einzustellen. — Die Frage der Beschaffung billiger Beleuchtung auf den Bahnhöfen sei zuerst in Heidelberg praktisch geworden. Die Verwaltung habe daselbst die Errichtung eines neuen Gaswerkes in Aussicht genommen; allein günstige Vereinbarungen mit der Stadt Heidelberg über Lieferung des erforderlichen Gases hätten die Errichtung des Gaswerkes überflüssig gemacht. — In Karlsruhe sei die gleiche Frage aufgetaucht, habe aber nicht die gleiche günstige Lösung erfahren. — Unter allen Umständen müsse die Verwaltung für Beleuchtung sorgen. Ob man ein eigenes Gaswerk errichten werde, hänge von dem Resultate der mit der elektrischen Beleuchtung anzustellenden Versuche ab. — Jedenfalls müsse die Verwaltung eine eigene Beleuchtungseinrichtung erstellen und reiche deshalb unter keinen Umständen mit 40,000 M. aus. — Daß die elektrische Beleuchtung voraussichtlich eine große Bedeutung gewinnen werde, sei kein absolutes Hinderniß der Erstellung eigener Gaswerke, denn das von der Verwaltung selbst bereitete Gas werde um so viel billiger hergestellt werden können, daß in kurzer Zeit das Gaswerk amortisirt sein würde. — Er bitte darum dringend, die 120,000 M. zu genehmigen.

Berichterstatter Abg. Hoffmann: In der Kommission sei die Frage einer eingehenden Erörterung unterzogen worden. Man habe keine namhafte Position für Gaswerke bewilligen wollen aus Gründen, wie sie bereits bei Berathung des Eisenbahnbetriebs-Budgets geltend gemacht worden seien. — In Heidelberg sei es gelungen, eine günstige Vereinbarung mit der Stadt zu treffen. Das hiesige Gaswerk sei an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt, habe sich aber gleichwohl bereit erklärt, das nöthige Gas zu beschaffen, wenn die Bahnverwaltung einen Gasometer erbaue, der am Tag gefüllt werden könnte. Die Kommission glaube, man solle auf diesen Vorschlag eingehen, und habe deshalb 40,000 M. bewilligt zur Herstellung eines Gasometers. — Er könne nur bedauern, daß man den Vertrag mit der Stadt gerade jetzt gekündigt habe. Hätte man noch etwas zugewartet, so wäre die Frage, ob Gasbeleuchtung beibehalten oder elektrische Beleuchtung eingeführt werden sollte, entschieden gewesen. Er stimme gegen die Wiederherstellung der Regierungsforderung.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Die vorliegende Frage sei keineswegs schon beim Eisenbahnbetriebs-Budget erörtert worden. Dort habe es sich vielmehr um die Beleuchtung der Züge gehandelt und man habe völlig freie Hand gehabt, ob man die bisherige Delbeleuchtung habe beibehalten oder zur Gasbeleuchtung habe übergehen wollen. Hier stehe es anders. Die Verwaltung müsse den Bahnhof jedenfalls beleuchten. Die Verhandlungen mit dem Stadtrath hätten sich zerschlagen. Die Verwaltung habe bisher 16,3 Pf. für den Kubikmeter Gas bezahlt. Die Stadt habe dabei einen sehr erheblichen Gewinn gemacht, sich dann bereit erklärt, auf 13 Pf. herunterzugehen, wenn die Verwaltung einen eigenen Gasometer anlege. Man sei damit einverstanden gewesen, habe aber eine weitere, die Verzinsung und Amortisation des Aufwandes für den Gasometer entsprechende Ermäßigung des Gaspreises verlangt. Die Stadt habe sich nicht herbeigelassen, weiter als auf 12 1/2 Pf. herunterzugehen, und so hätten sich die Verhandlungen zerschlagen. — Es wäre keineswegs ökonomisch gewesen, wenn die Verwaltung trotz Erbauung eines Gasometers auf einen Preis von 12 1/2 Pf. eingegangen wäre. — Man bedürfe bei dieser Sachlage unter allen Umständen eine größere Summe als 40,000 M.

Abg. v. Feder: Der Vorschlag der Budgetkommission sei nur eine halbe Maßregel. Man solle, da man über die definitive Regulirung der Beleuchtungs-Frage doch noch nicht im Klaren sei, den ganzen Posten absetzen. — Die Begründung zu § 28 sei nicht ausreichend, denn man könne aus derselben nicht ersehen, wozu eigentlich die 120,000 M. verlangt würden. Außerdem habe es nach dem Wortlaut derselben den Anschein, als wolle der Staat den Gemeinden nur die Herstellungskosten bezahlen. Darauf könne die Gemeinde nicht eingehen, denn sie trage große Verantwortlichkeit und müsse darum auch einen Profit machen.

Großh. Regierungskommissär Generaldirektor Eisenlohr: Unter Herstellungskosten habe man auch die Verzinsung und die Amortisation des Anlagekapitals begriffen. — Die Stadt Heidelberg habe trotz des ermäßigten Prei-

ses noch einen ansehnlichen Gewinn. Die Eisenbahn-Verwaltung gestatte den Gaswerken einen Geschäftsgewinn, aber halte sich nicht für verpflichtet und nicht für berechtigt, auch die von den Gemeinden mit dem Gaspreis zur Erhebung gelangende Verbrauchsabgabe zu bezahlen.

Abg. Junghanns: Die Regierung habe sich anerkenntenswerth bemüht. Da sich gleichwohl die Verhandlungen zerschlagen hätten, so müsse man nothwendig einen Ersatz gewähren. — Er meine, die Großh. Regierung solle ganz auf die Gewerke verzichten, definitiv zur elektrischen Beleuchtung übergehen und ein diesbezügliches neues Projekt vorlegen.

Abg. Edelmann: Bewillige man die 40,000 M., so liefere man die Verwaltung in die Hände der Stadt Karlsruhe. Er beantrage Wiederherstellung der Regierungsforderung.

Abg. Fieser: Die Großh. Regierung könne, wenn sie sich mit der Stadt Karlsruhe nicht einig, nur entweder ein eigenes Gaswerk bauen, was Niemand befürworte, oder zur elektrischen Beleuchtung übergehen. — Die Bedingungen der Stadt Karlsruhe seien keineswegs unannehmbar gewesen. Selbst wenn die Verwaltung für einen Theil der Budgetperiode noch den Preis von 16 Pf. gezahlt haben würde, so wäre die Situation vom Budgetstandpunkt aus betrachtet besser gewesen, als wenn man 120,000 M. bewillige. — Die Verwaltung sei keineswegs dem Stadtrath Karlsruhe preisgegeben. — Im Interesse des Staates liege es aber auch nicht, das Unternehmen der Stadt Karlsruhe durch beliebige Preise herabzudrücken. — Auf den Antrag des Abg. Edelmann könne man nicht eingehen, denn er wolle für vielleicht zwei Jahre ein neues Gaswerk errichten, und Redner bitte darum, diesen Antrag abzulehnen.

Abg. Schöch: Der Antrag der Budgetkommission sei nicht gehauen und nicht gestochen. Man solle entweder die Forderung ganz absetzen oder mehr als 40,000 M. bewilligen.

Der Präsident bringt hierauf folgenden Antrag zur Kenntniß des Hauses:

„Die Forderung der Großh. Regierung mit 120,000 M. wieder herzustellen.“

Unterzeichnet sind die Abg. Edelmann, Kast, Deetken.

Abg. Friederich: Die Budgetkommission habe die Bewilligung von 40,000 M. vorgeschlagen, damit die Regierung ein Abkommen mit den Städten treffen könne, auch Versuche wegen Einführung der elektrischen Beleuchtung zu machen in der Lage sei. Je nachdem diese Versuche günstig ausfielen oder nicht, werde man weitere Anforderungen erhalten. — Er bitte, dem Antrage der Budgetkommission zuzustimmen.

Der Präsident theilt dem Hause hierauf folgenden weiteren Antrag mit:

„Wir beantragen, den § 28 Betriebs-Gaswerk mit 120,000 M. abzusetzen.“

Unterzeichnet sind die Abg. Schneider, Kern, v. Feder, Kopper, Schöber, Diemer, Otto.

Der Abg. Fieser erklärt sich gegen den Antrag Edelmann, da derselbe völlig grundlos sei. Eine Gefahr, daß die Verwaltung in die Hände der Stadt Karlsruhe geliefert werde, sei grundlos. Die Anforderungen der Verwaltung an den Stadtrath seien zu weitgehend gewesen und deshalb sei letztere Behörde mit Recht nicht darauf eingegangen. — Jetzt sei keine Zeit zur Erbauung neuer Gaswerke. Er bitte um Abweisung des Antrags Edelmann und um Annahme des Antrags der Budgetkommission.

Abg. Köhler: Er sei nicht klar in der Sache. Edelmanns Antrag gehe auf Erbauung von Gaswerken. Was mit 40,000 Mark erreicht werden solle, wisse er nicht. Der Abg. Friederich sage, es sollten damit Versuche der elektrischen Beleuchtung gemacht werden. Allein wo bleibe dann die Beleuchtung des Bahnhofes? Die Sachlage scheine verzeiwelt. — Er bitte um Aufklärung, wofür man die 40,000 Mark haben wolle.

Präsident des Finanzministeriums Geh. Rath Ellstätter: Man habe drei Anträge eingebracht. Der weitestgehende wolle die Regierungsforderung mit 120,000 Mark bewilligen, der nächststehende 40,000 Mark, der dritte nichts. — Die Großh. Regierung könne nur die Annahme des ersteren Antrages wünschen. Doch dürfe man nicht glauben, daß in Folge der Annahme dieses Antrages auch jedenfalls ein Gaswerk errichtet werden würde. Man wolle nur die Eventualität der Errichtung eines Gaswerkes und die der Einführung der elektrischen Beleuchtung in Betracht ziehen können. — Je nach dem Ausfall der Versuche mit dem elektrischen Lichte werde man sich für dieses oder auch für Verlängerung des Vertrags mit der Stadt Karlsruhe entscheiden. Für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen mit Karlsruhe müsse man aber nothwendig andere Mittel haben, und zwar mehr als 40,000 Mark, denn diese Summe reiche zu keinem Zweck, nicht einmal zur Errichtung eines Gasometers. Zimmerhin aber ermögliche sie die Vorbereitung der elektrischen Beleuchtung. — Im Antrag Schneider liege allerdings eine gewisse Konsequenz, allein er würde nach keiner Richtung nützlich sein. Derselbe sage: man solle zunächst das Vertragsverhältniß mit der Stadt Karlsruhe festsetzen, Versuche mit elektrischer Beleuchtung machen und eventuell eine Anforderung hierfür in das nächste Budget einstellen. — Die Untersuchungen über Einführung des elektrischen Lichtes würden sich jedoch bald abschließen lassen. Ende dieses Jahres würde man über diese Frage klar sein und dann würde man eben keine Mittel zur Einführung der elektrischen Beleuchtung besitzen. — Bewillige man keine 120,000 Mark, so solle man doch eine größere Summe als 40,000 Mark zugestehen, und wenn man dies nicht wolle, doch wenigstens 40,000 Mark in dem Sinne, daß die Regierung die Ermächtigung habe, die bewilligten Mittel eventuell auch mit der erforderlichen Ueberschreitung zur Einführung der elektrischen Beleuchtung zu verwenden.

(Schluß im heutigen Hauptblatte.)

Handel und Verkehr. Handelsberichte.

Stuttgart, 30. März. Die hiesige Volksbank hat, nachdem der Versuch zur Aufbringung außerordentlicher Mittel misslungen ist, ihren Konkurs angemeldet.

Stettische Ludwigs-Eisenbahn. Nach dem Rechnungsabschluss für 1881 bleibt, wie die „Frfr. Ztg.“ berichtet, die Gesamtsumme der Einnahmen um ca. 220,000 M. gegen diejenige des Vorjahres zurück.

Vom Waarenmarkt. Unsere Berichtswoche zeichnet sich durch ein allgemeines Sinken des Discontos an den europäischen Börsenplätzen wie jenseits des Ozeans aus.

Verhandenfein billigeren Geldes in Verbindung mit den durch fortwährend schöne Witterung genährten Entbehrungen und mit dem Zurücktreten der übertriebenen Kriegsbefürchtungen eher eine günstige Einwirkung auch auf die Entwicklung des Waaren-

Die täglich steigenden amerikanischen Notierungen für Getreide vermochten auf den europäischen Märkten nicht durchweg eine lebhaftere Tendenz hervorzurufen; nur der eine oder andere Markt profitierte von dieser Festigkeit.

Der Kaffee-Markt blieb diese Woche hindurch sehr still, und sowohl auf ord. Java als auch Plantation bewegten sich in weicherer Tendenz.

Für raffiniertes Petroleum brachten die amerikanischen Notierungen eine Erhöhung von 1/8 Proz.; indes wurden die europäischen Märkte, an welchen die Umsätze beschränkt blieben, hiervon nicht beeinflusst.

Von Fettwaaren ist wenig neues zu berichten. Palmöl unbedeutend, Schmalz und Speck sind fest getimmt, aber nur für den dringendsten Bedarf gefragt.

Die Nachfrage für Thee hat sich nicht gebessert und die Auktionen haben einen gedrückten Verlauf genommen. Reis, anfänglich fest, mußte gegen Schluss der Woche einen Rückgang erfahren.

Während amerikanischer Tabake in England guter Nachfrage begegneten, konnte sich in Deutschland unter dem Druck der für den April noch unbestimmten Zukunft ein reger Handel nicht entwickeln und das Verbandsgeschäft flocht fast vollständig.

Baumwolle war diese Woche an allen Märkten sehr fest und Preise gingen höher. Wolle schließt für seine Sorten, in welchen das Geschäft an Umfang gewann, recht fest, während geringere Sortungen bei wenig Beachtung eher billiger zu haben sind.

Zu Finn war der Umsatz sehr unbedeutend, auch in Kupfer war das Geschäft schleppend; Eisen-Barren in Glasgow verloren unbedeutend 1 Schilling.

bietet wenig Veränderung; nur in den Eisen produzierenden Distrikten nimmt derselbe eine befriedigende Haltung an.

Das Ergebnis der Rindenversteigerung in Heilbrunn war aus 17,742 Rtr. Glanzrinde 99,184 M., aus 13,298 Rtr. Raitelrinde 49,020 M. 60 Pf., aus 10,446 Rtr. Grobrinde 26,830 M. 20 Pf., zusammen aus 41,446 Rtr. 175,024 M. 80 Pf.

Paris, 30. März. Weizen loco hiesiger 23.75, 1000 fremder 23.50, per März 23.10, per Mai 22.10, per Juli 21.60.

Bremen, 30. März. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Standard white loco 7.10, per April 7.10, per Mai 7.25, per Juni 7.40, per August-Dez. 7.90.

Antwerpen, 30. März. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Stimmuna: Waiffe. Raffinirt. Type weiß, disp. 17 1/2 d. 17 1/2 d.

Rotterdam, 28. März. Der Dampfer „Maas“ der Niederländisch-Amerikanischen Dampf-Schiffahrts-Gesellschaft ist am 26. März in New-York angekommen.

Verantwortlicher Redakteur: F. Kellner in Karlsruhe.

Frankfurter Kurse vom 30. März 1882.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market prices. Includes entries for Staatspapiere, Eisenbahn-Aktien, and various bank notes.

Bürgerliche Rechtspflege.

Öffentliche Zustellungen.

1844. 1. Nr. 1999. Offenb. Faber Proff von Griesheim, unter Vormundschaft des Ludwig Proff von da, vertreten durch Rechtsanwält Müller in Offenb., klagt gegen den Martin Bar von Griesheim, unbekannt wo, aus unrechter That desselben auf Entscheidung des Klägers, eventuell zur Zahlung der durch das Gutachten eines Sachverständigen zu bestimmenden Beträge, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Civilkammer I a. des Großh. Landgerichts zu Offenb. auf Dienstag den 6. Juni d. J., Vormittags 9 1/2 Uhr.

oder zur Konturmasse etwas schuldig

find, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeordnete Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. April 1882 Anzeige zu machen.

Wohlleb von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Karl Friedr. Rupp von Wolfenweiler, zuletzt in Wolfenweiler, Wilhelm Hanfer von Wolfenweiler, zuletzt in Wolfenweiler, Lorenz Freyh von Merzhauten, zuletzt in Merzhauten, Albert Dör von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Friedrich Dreher von Freireich, zuletzt in Kemingen, Johann Nepomuk Eisele von Horben, zuletzt in St. Georgen, Anton Hugo v. Hermann von Freireich, zuletzt in St. Georgen, und Julius Buitennüller von Horben, zuletzt in Horben, werden beauftragt, als Beauftragte in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben.

Deffentliche Vorladung.

M. 655. Sekt. III a. Nr. 2563. Köln. Der von hier entwichene Rekrut Gregor Büschler, vom Landwehr-Bezirkskommando Köln, geboren am 20. Juli 1859 zu Bergshaupten, Kreis Offenb., Großherzogthum Baden, kathol., Bierbrauer, gegen welchen der Defensionsprozeß eingeleitet ist, wird hierdurch aufgefordert, sich spätestens am 29. Juli 1882, Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht zu dem unterzeichneten Gericht zu stellen, unter der Warnung, daß die Untersuchung im Falle des Ausbleibens geschehen, der Abwesende für schuldig erklärt und zu einer Geldbuße von 150-3000 Mark verurtheilt werden würde.

Offenb., den 27. März 1882.

Die Gerichtsschreiberei des Großh. Landgerichts: Dr. C. Reil.

1845. 1. Nr. 2380. Rehl, Michael

Hamm von Schiltgheim, vertreten durch Rechtsanwalt Burger in Offenb., klagt gegen Georg Schäfer und dessen Ehefrau, Sophie, geb. Leimerstoll von Rehl, a. H. an unbekanntem Orten abwesend, auf Aufhebung eines im Kaufvertrage vom 2. Januar 1877 bedungenen Vorkaufsrechtes bezüglich der auf Gemarkung Stadt Rehl gelegenen Grundstücke: 7 Ar 16 Meter Hofraute nebst Wohnhaus und Schopf Nr. 8.

oder zur Konturmasse etwas schuldig

find, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeordnete Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. April 1882 Anzeige zu machen.

Wohlleb von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Karl Friedr. Rupp von Wolfenweiler, zuletzt in Wolfenweiler, Wilhelm Hanfer von Wolfenweiler, zuletzt in Wolfenweiler, Lorenz Freyh von Merzhauten, zuletzt in Merzhauten, Albert Dör von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Friedrich Dreher von Freireich, zuletzt in Kemingen, Johann Nepomuk Eisele von Horben, zuletzt in St. Georgen, Anton Hugo v. Hermann von Freireich, zuletzt in St. Georgen, und Julius Buitennüller von Horben, zuletzt in Horben, werden beauftragt, als Beauftragte in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben und noch aufzuhalten.

Deffentliche Vorladung.

M. 662. Sektion III b. J. Nr. 553. Karlsruhe. Nachdem der förmliche Prozeß wegen Fahnenflucht in contumaciam gegen: 1. den am 3. Oktober 1861 zu Karlsruhe im Amte Bruchsal geborenen Rekruten Franz Benz, 2. den am 22. Oktober 1858 zu Kirchzarten, im Amte Bruchsal, geborenen, a. D. der Erbschulden entlassenen Rekruten Robert Lehmann des I. Bataillons, 3. den am 20. November 1858 zu Bälkersbach im Amte Ettlingen geborenen Dispositions-Urtauber Leopold Glasstätter, 4. den am 20. April 1861 zu Karlsruhe geborenen Rekruten Emil Christian Hirschfeld des 2. Bataillons, 3. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 111, 5. den am 22. Oktober 1860 zu Otterweiler im Kreis Zabern geborenen Füßler Anton Hoblenner des 3. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 111, eingeleitet worden ist, werden dieselben hiermit aufgefordert, ungesäumt zu dem unterzeichneten Gericht zurückzukehren; - Vergehen gegen § 140 Ziff. 1 Nr. 1 St. G. B. - auf Freitag den 23. Juni 1882, Vormittags 8 Uhr, vor die Strafkammer I des Gr. Landgerichts Konstanz mit der Warnung, daß im Falle seines unentschuldigtes Ausbleibens zur Hauptverhandlung werde geschritten und er auf Grund der in § 472 St. G. B. bezeichneten Erklärung werde verurtheilt werden.

Rehl, den 20. März 1882.

Die Gerichtsschreiberei des Großh. Landgerichts: Heberle.

oder zur Konturmasse etwas schuldig

find, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeordnete Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. April 1882 Anzeige zu machen.

Wohlleb von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Karl Friedr. Rupp von Wolfenweiler, zuletzt in Wolfenweiler, Wilhelm Hanfer von Wolfenweiler, zuletzt in Wolfenweiler, Lorenz Freyh von Merzhauten, zuletzt in Merzhauten, Albert Dör von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Friedrich Dreher von Freireich, zuletzt in Kemingen, Johann Nepomuk Eisele von Horben, zuletzt in St. Georgen, Anton Hugo v. Hermann von Freireich, zuletzt in St. Georgen, und Julius Buitennüller von Horben, zuletzt in Horben, werden beauftragt, als Beauftragte in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben und noch aufzuhalten.

Deffentliche Vorladung.

M. 618. 2. Nr. 5074. Konstanz. Johann Gappke, geboren am 22. Mai 1859 in Ehningen, D. N. Ettlingen, dessen letzter deutscher Aufenthaltsort Ehningen war, wird zur Hauptverhandlung über die gegen ihn erhobene Anklage, als Beauftragter in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben ihren Truppentheilen zurückzukehren; - Vergehen gegen § 140 Ziff. 1 Nr. 1 St. G. B. - auf Freitag den 23. Juni 1882, Vormittags 8 Uhr, vor die Strafkammer I des Gr. Landgerichts Konstanz mit der Warnung, daß im Falle seines unentschuldigtes Ausbleibens zur Hauptverhandlung werde geschritten und er auf Grund der in § 472 St. G. B. bezeichneten Erklärung werde verurtheilt werden.

1843. 1. Nr. 3856. Billingen.

Johann Martin Jauch, Uhrmacher von Schwenningen, besitzt auf der Gemarkung Billingen 2 Viertel Ader bei

oder zur Konturmasse etwas schuldig

find, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeordnete Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 27. April 1882 Anzeige zu machen.

Wohlleb von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Karl Friedr. Rupp von Wolfenweiler, zuletzt in Wolfenweiler, Wilhelm Hanfer von Wolfenweiler, zuletzt in Wolfenweiler, Lorenz Freyh von Merzhauten, zuletzt in Merzhauten, Albert Dör von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Friedrich Dreher von Freireich, zuletzt in Kemingen, Johann Nepomuk Eisele von Horben, zuletzt in St. Georgen, Anton Hugo v. Hermann von Freireich, zuletzt in St. Georgen, und Julius Buitennüller von Horben, zuletzt in Horben, werden beauftragt, als Beauftragte in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis des Bundesgebietes verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben und noch aufzuhalten.

Deffentliche Vorladung.

M. 620. 3. Nr. 7381. Freiburg. Josef Germer von Buchheim, zuletzt in Buchheim, Wilhelm Albrecht von Freiburg, zuletzt in Freiburg, Andreas Kub von Breinaun, zuletzt in St. Märgen, Johann Evangelist Ruf von Umkirch, zuletzt in Umkirch, Hermann